



Per E-Mail:

[REDACTED]

[REDACTED]

Berlin, 17. Januar 2022  
Geschäftszeichen:  
ZR 4-1334-IFG-013/2022  
Bezug: Ihre E-Mail vom  
11. Januar 2022

**Referat ZR 4**  
**Geheimschutz, Informationsfreiheit**

bearbeitet von:  
**Frau Pawliczek**  
Platz der Republik 1  
11011 Berlin  
Telefon: +49 30 227-33043 (Vz)  
Fax: +49 30 227-36970  
informationsfreiheit.zr4@bundestag.de

**Dienstgebäude:**  
Marie-Elisabeth-Lüders-Haus  
Adele-Schreiber-Krieger-Straße 1  
10117 Berlin

## Antrag nach dem Informationsfreiheitsgesetz (IFG)

Sehr [REDACTED]

mit Ihrer E-Mail vom 11. Januar 2022 bitten Sie unter Bezugnahme auf das IFG:

„bitte senden Sie mir Folgendes zu:

Nach § 10 Abs. 1 EthRG wird die Aufwandsentschädigung der Mitglieder des Deutschen Ethikrats vom Präsidenten des Deutschen Bundestags festgesetzt. Bitte nennen Sie die Höhe der Aufwandsentschädigung für die Jahre 2020, 2021 und 2022.“

Nach Prüfung Ihrer Nachricht weise ich zunächst auf Folgendes hin:

Der Anwendungsbereich des IFG ist gemäß § 1 Abs. 1 Satz 2 IFG für den Deutschen Bundestag nur eröffnet, soweit er öffentlich-rechtliche Verwaltungsaufgaben (insbesondere in Bezug auf die logistischen Voraussetzungen für einen reibungslosen parlamentarischen Betrieb) wahrnimmt und diese Verwaltungstätigkeit als amtliche Information („jede dem amtlichen Zweck dienende Aufzeichnung unabhängig von der Art Ihrer Speicherung“, § 2 Abs. 1 Nr. 1 IFG) bei Deutschen Bundestags vorhanden ist. Nach der Gesetzesbegründung zum IFG besteht kein Anspruch auf Zugang zu Informationen, die dem spezifischen Bereich der Wahrnehmung parlamentarischer Angelegenheiten angehören. Hinzukommt, dass der Informationsanspruch nach den IFG keine Meinungen, Wertungen und/oder Rechtsauskünfte erfasst.

Bei Ihren Fragen handelt es sich um Informationen, die bei der Verwaltung des Deutschen Bundestages nicht als amtliche Information vorhanden sind.



Außerhalb des IFG und ohne Anerkennung einer Rechtspflicht verweise ich Sie auf die Angaben im jeweiligen (öffentlich zugänglich) Haushaltsgesetz, so beispielsweise im Haushaltsgesetz 2021, abrufbar unter:

<https://www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/2020/kw50-de-haushaltsgesetz-2021-schlussrunde-810070>

Darin ist für das Haushaltsjahr 2021 eine Summe von insgesamt 2 Millionen Euro für die Ausgaben des Deutschen Ethikrats angesetzt (siehe Titel 526 02-011). Die konkrete Höhe der Aufwandsentschädigung nach § 10 EthRG ist hier nicht bekannt. Ggf. können Sie sich diesbezüglich an die titelverwaltende Stelle, nach hiesiger Kenntnis, die Berlin-Brandenburgische Akademie der Wissenschaften, wenden.

Die aktuellen Datenschutzhinweise, die Sie über die Erhebung und Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten durch die Verwaltung des Deutschen Bundestages informieren, sind unter folgendem Link abrufbar:

<https://www.bundestag.de/datenschutz>

Sofern Sie über diese allgemeine Information hinaus einen rechtsmittelfähigen Bescheid zu Ihrer Nachricht wünschen, bitte ich um eine Mitteilung bis zum 31. Januar 2022. Anderenfalls werde ich davon ausgehen, dass Sie Ihren Antrag nicht weiter zu verfolgen wünschen und das hiesige Verwaltungsverfahren ohne weitere Mitteilung einstellen.

Mit freundlichen Grüßen  
im Auftrag

Pawliczek